

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 56 (1964)

Heft: 5

Artikel: Das Wirtschaftsjahr 1963

Autor: Hardmeier, Benno

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354128>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSArBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 5 - MAI 1964 - 56. JAHRGANG

Das Wirtschaftsjahr 1963

Im Wirtschaftsjahr 1963 hatten die positiven Aspekte das Uebergewicht. Dies gilt namentlich für die westlichen Industriestaaten. Die Vereinigten Staaten sind zwar die Arbeitslosigkeit, die dort ein langfristiges Strukturproblem darstellt, noch nicht los geworden, und es liegen weiterhin Produktionskapazitäten brach. Doch hat sich die amerikanische Wirtschaft gesamthaft nicht ungünstig entwickelt, und die Zukunftsaussichten werden optimistisch beurteilt; das Steuersenkungsprogramm dürfte der Wirtschaft zusätzliche Impulse geben. Westeuropa steht nach wie vor im Zeichen der Hochkonjunktur, verbunden mit starken Preissteigerungen, die insbesondere in Frankreich und Italien ein bedrohliches Ausmaß erreicht haben. In verschiedenen westeuropäischen Ländern sahen sich Regierungen und Notenbanken veranlaßt, Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen. Die dabei angewandte Politik unterscheidet sich je nach dem zur Verfügung stehenden konjunkturpolitischen Instrumentarium. Weniger günstig scheint sich die Wirtschaft des Ostblocks entwickelt zu haben. Symptomatisch dürften die russischen Importe amerikanischen Weizens sein. Offenbar macht gerade die Landwirtschaft, das heißt die ungenügende Agrarproduktion, den kommunistischen Machthabern zu schaffen, während die westliche Agrarpolitik mit umgekehrten Vorzeichen, nämlich Ueberschuß- und Absatzproblemen, nicht geringere Schwierigkeiten bereitet. Das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern ist angesichts der Bevölkerungsexplosion nach wie vor ungenügend. Allen Anstrengungen der Entwicklungsländer und massiven Hilfeleistungen der Industriestaaten zum Trotz bleibt das Wohlstandsgefälle zwischen reichen und armen Völkern bestehen. Der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandelsvolumen ist zurückgegangen. Die Entwicklungsländer beklagen sich darüber, daß ihre Bemühungen um wirtschaftlichen Fortschritt und einen höheren Lebensstandard nicht genügend Früchte tragen können, weil der Absatz ihrer Erzeugnisse auf den Weltmärkten nicht gesichert ist und starke Preisschwankungen bei den Rohstoffen zu schweren Zahlungsbilanzproblemen

führen können. An der in Genf tagenden Welthandelskonferenz der UNO soll nach Wegen gesucht werden, um die Märkte der Industriestaaten, die nicht selten durch hohe Zollmauern und mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen geschützt sind, schrittweise für die Erzeugnisse der Entwicklungsländer zu öffnen.

In der Schweiz ist es immer offenkundiger geworden, daß die wohlgemeinten autonomen Anstrengungen der «Wirtschaft» und die behördlichen Ermahnungen nicht genügen konnten, um die überhitzten wirtschaftlichen Expansionskräfte abzukühlen. Leider ist zu spät erkannt worden, daß es Aufgabe der Behörden sein muß, eine aktive Konjunkturpolitik zu betreiben. Die alarmierenden Preissteigerungen – die Teuerung machte 1962 und 1963 je rund 4 Prozent aus – und die Ueberschwemmung unseres Landes mit ausländischen Arbeitskräften und Geldern machten Eingriffe in den Mechanismus der Marktkräfte unumgänglich. Das hohe schweizerische Ertragsbilanzdefizit, die Ungewißheiten der wirtschaftlichen Integration und die berechtigte Scheu vor den auf lange Sicht ungewissen Folgen einer Wechselkursänderung schlossen eine Aufwertung des Schweizer Frankens zum vornherein aus. Daran vermochten auch einige unentwegte Aufwertungsapologeten nichts zu ändern. Angesichts der in den letzten beiden Jahren recht massiven Preiserhöhungen unserer Exportindustrie und des sich verstärkenden internationalen Konkurrenzkampfes hätte eine so undifferenzierte Maßnahme wie die Frankenauftwertung unsere Ausfuhrmöglichkeiten allzu sehr beeinträchtigen können.

Man wird dem Bundesrat zubilligen müssen, daß er mit seinen Konjunkturdämpfungsmaßnahmen dort ansetzte, wo die Ursachen der Ueberhitzung zu suchen sind: im Bausektor, bei den ausländischen Arbeitskräften, auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Das erklärte Ziel der Maßnahmen ist die Bekämpfung der Teuerung. Es ist zu hoffen, daß die wirtschaftspolitische Aktivität der Behörden eine entschlossene, zukunftsorientierte Politik zur Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur und zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit unseres Landes einleiten werde. Dazu ist notwendig, daß die langfristigen Aspekte gebührend berücksichtigt werden und alles getan wird, um das konjunkturpolitische Instrumentarium des Bundes zu erweitern und die wissenschaftliche Forschung zu fördern.

Das schweizerische Volkseinkommen ist im Jahre 1963 nicht mehr so rasch gewachsen wie in den vorhergehenden Jahren. Nach ersten Schätzungen dürfte das Bruttosozialprodukt 1963 die 50-Milliarden-Grenze erreicht haben; es betrug 1962 46,3 Milliarden Franken und 1961 41,5 Milliarden. 1961 machte die nominelle Zunahme 12,9 Prozent und 1962 11,6 Prozent aus, 1963 nur noch rund 8 Prozent. Unter Ausschaltung der Preissteigerungen stieg das reale Bruttosozialprodukt im Jahre 1963 rund 4,5 Prozent, verglichen mit 8 Prozent im Jahre 1962 und 10 Prozent im Jahre 1961. Die Abschwächung

der realen Zuwachsrate ist offenkundig. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich auch die Zunahme der Arbeitskräfte abgeschwächt hat; die Zahl der Beschäftigten hat sich in der Industrie praktisch stabilisiert. Das Realeinkommen je Beschäftigten hat 1963 um rund 3 Prozent zugenommen, 1962 um 3,9 Prozent.

Das hohe Außenhandelsdefizit der Schweiz ist noch nicht kleiner geworden. Die Importe stiegen von 12 985 Millionen Franken im Jahre 1962 auf 13 989 Millionen im Jahre 1963. Im selben Zeitraum nahmen die Exporte von 9580 Millionen auf 10 442 Millionen Franken zu. Die relative Zunahme machte bei den Einfuhren 7,9 Prozent, bei den Ausfuhren 9,0 Prozent aus. Der Passivsaldo stieg geringfügig von 3406 Millionen auf 3548 Millionen Franken. Das Ertragsbilanzdefizit dürfte sich gegenüber 1962 (1,5 Mia Fr.) noch leicht erhöht haben. Erfreulicherweise stehen jetzt auch Außenhandelsindices zur Verfügung. Sie werden in den Mitteilungen der Konjunkturbeobachtungskommission publiziert. Der Mengenindex des Außenhandels (1961 = 100) zeigt, daß die Gesamteinfuhr von 100 im Jahre 1961 auf 111 im Jahre 1962 und 118 Punkte im Jahre 1963 gestiegen sind; die Ausfuhren nahmen von 100 auf 107 bzw. 114 Punkte zu. Die Importpreise sind weniger stark gestiegen als die Exportpreise. Der Außenhandelspreisindex stieg bei den Einfuhren in den drei Jahren von 100 auf 101 und 104, bei den Ausfuhren von 100 auf 103 und 107. Dazu heißt es im 164. Bericht der Konjunkturbeobachtungskommission: «Die Außenhandelspreisindices zeigten für die Jahre 1960 bis 1962 bei der Einfuhr eine ausgesprochene Stabilität, während von 1962 auf 1963 eine Erhöhung um 3 Prozent eintrat. Diese Steigerung betrifft, abgesehen von Rohstoffen und Halbfabrikaten, insbesondere Investitions- und Konsumgüter. Im einzelnen sind im Laufe des Jahres 1963 namentlich die Durchschnittspreise für folgende bedeutende Importwaren gestiegen: Kraftmaschinen + 12 Prozent, Metallbearbeitungsmaschinen + 7 Prozent und im Bereich der Konsumgüter Zucker + 85 Prozent, Eier + 20 Prozent sowie Frischobst und -gemüse + 8 Prozent... Bei der Ausfuhr war seit 1960 von Jahr zu Jahr eine zunehmende Erhöhung des Preisindex festzustellen. Im Bereich der Investitionsgüter hat 1963 die Zunahme im Vergleich zum Vorjahr indessen etwas nachgelassen. Einen kontinuierlichen Anstieg der Durchschnittspreise wiesen die Konsumgüter auf. Bei den Rohstoffen und Halbfabrikaten setzte 1963, nach einem Unterbruch, eine neue Versteuerung ein.»

Die Steigerung der Ausfuhrpreise ist ein deutliches Zeichen für den inflationären Druck, dem unser Land ausgesetzt ist. Der Landesindex der Konsumentenpreise erreichte Ende 1963 205 Punkte, gegenüber 197,4 Ende 1962, was einer Zunahme von 3,9 Prozent entspricht. Mit 7,2 Prozent war die Teuerung im Mietsektor am ausgeprägtesten. Die hohe Konsumneigung kommt in den spürbar erhö-

ten Kleinhandelsumsätze deutlich zum Ausdruck. Der Index der Kleinhandelsumsätze stieg 1963 mit 8,8 Prozent allerdings nicht mehr ganz so rasch wie im Jahre 1962 (11 Prozent). Die lebhafte Inlandnachfrage bleibt weiterhin eines der tragenden Elemente unserer Hochkonjunktur. Demgegenüber verdienen die abnehmenden Wachstumssätze bei den Investitionen besondere Beachtung. Die Brutto-Inlandinvestitionen, wie sie in der neuen Volkseinkommensrechnung ausgewiesen werden, nahmen im Jahre 1961 explosionsartig um 31,3 Prozent, im Jahre 1962 um 12,3 Prozent und 1963 noch um 7,5 Prozent zu. Der relative Anteil der Investitionen am Sozialprodukt wurde dadurch allerdings nur unwesentlich beeinflußt; er ging von 29,5 Prozent im Jahre 1961 auf 28,5 Prozent im Jahre 1963 zurück.

Die gestiegenen Lebenshaltungskosten, die Knappheit auf dem Arbeitsmarkt und die Produktivitätssteigerungen führten zu Lohn erhöhungen. Die Reallohnverbesserungen dürften sich überwiegend im Rahmen des Produktivitätsfortschrittes gehalten haben. Vergleicht man in der Statistik der Lohnsätze die Ergebnisse des vierten Quartals 1963 mit demjenigen des vierten Quartals 1962, so «be ziffert sich die Zunahme auf 6,2 Prozent, der eine Steigerung des Indexes der Konsumentenpreise um 3,9 Prozent gegenübersteht. Dem entsprechend hat die Kaufkraft der Lohnsätze um 2,3 Prozent zugenommen.» (164. Bericht der Konjunkturbeobachtungskommission, S. 9.)

Trotz des am 7. März 1963 in Kraft getretenen Bundesratsbeschlusses über die Beschränkung der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte hat der Fremarbeiterbestand 1963 nochmals zugenommen, wenn auch nicht mehr im selben hohen Ausmaß wie in den Vor jahren. Während nach der August-Zählung die Zahl der kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräfte zwischen 1961 und 1962 um fast 100 000 oder 17,6 Prozent zunahm, reduzierte sich die Zunahme von 1962 auf 1963 um rund die Hälfte; die Zuwachsrate machte «nur» noch 7 Prozent aus. Im August 1963 zählte man 690 013 kontrollpflichtige Ausländer. Nimmt man noch die aus der Kontrollpflicht Entlassenen hinzu, so dürfte die Zahl aller ausländischen Arbeitskräfte bei rund 800 000 liegen. Das sind etwa 30 Prozent der aktiven, berufstätigen Bevölkerung. Angesichts der akuten Ueber fremdungsgefahr und im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung drängte sich eine Verschärfung der befristeten gesetzlichen Bestimmungen über die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte gebieterisch auf.

Im Bausektor ist die Ueberkonjunktur nach wie vor am ausgeprägtesten. Die Bautätigkeit hat ein neues Rekordergebnis erreicht. Das Bauvolumen betrug im Jahre 1962 8,5 Milliarden Franken und darf für das Jahr 1963 auf rund 10 Milliarden geschätzt werden. Die Wohnbautätigkeit ist jedoch in den von der Statistik erfaßten Ge-

meinden mit über 2000 Einwohnern leicht zurückgegangen. Während 1962 noch 45 805 Neubauwohnungen erstellt wurden, waren es 1963 noch 42 174. Dafür ist die Zahl der baubewilligten Wohnungen von 55 498 auf 60 799 angestiegen.

Entsprechend der allgemeinen Konjunkturlage haben sich auch die Fiskaleinnahmen der Eidgenossenschaft günstig entwickelt. Der Ertrag der Warenumsatzsteuer hat die Milliardengrenze überschritten. Die Zölle als die wichtigste Einnahmequelle des Bundes sind von 1362 Millionen Franken im Jahre 1962 auf 1538 Millionen angestiegen. Obwohl es sich 1963 um ein wehrsteuerschwaches Jahr gehandelt hat, nahmen die gesamten Fiskaleinnahmen des Bundes von 3628 Millionen (1962) auf 3647 Millionen Franken (1963) zu.

Die allgemeine Teuerung hat auch vor den Zinssätzen nicht Halt gemacht. Erste Hypotheken waren vielfach nur noch zu 4 Prozent erhältlich. Die gestiegenen Hypothekarzinsen bleiben natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Wohnungsmieten, und auch die ohnehin schon stark verschuldete Landwirtschaft bekommt diese Kostensteigerung zu spüren. Kurzfristig gesehen paßt dies schlecht zu den Teuerungsbekämpfungsmaßnahmen; anderseits dürfte dadurch doch eine bremsende Wirkung auf die Investitionstätigkeit ausgelöst werden. Im Ausland wird das Mittel der Diskontsatzerhöhung bekanntlich recht häufig zur Bekämpfung inflationärer Ueberhitzungen angewendet. In seinem Referat an der Generalversammlung der Nationalbank bezeichnete Direktionspräsident Dr. W. Schwegler diese Situation als ein Dilemma: «Zu diesem tatsächlich bestehenden, unserer Wirtschaft besonders eigenen Dilemma ist zunächst zu bemerken, daß die Zinssatzverteuerung in Gang gekommen ist, eh und bevor von staatlichen Konjunkturdämpfungsmaßnahmen die Rede war. Sie ist die natürliche Folge des enormen Bedarfes an Finanzierungsmitteln einer stark expandierenden Wirtschaft, eines Mittelbedarfes, der erheblich über das aus der einheimischen Ersparnisbildung stammende Kapitalangebot hinausgeht. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft zur Konjunkturdämpfung die Situation treffend gekennzeichnet, als er ausführte, daß unter Umständen mit einer weiteren Zinssatzerhöhung zu rechnen sei, daß aber diese viel stärker ausfallen würde, wenn es nicht gelingen sollte, die in der Konjunkturentwicklung und am Kapitalmarkt eingetretene Uebersteigerung der Nachfrage zu mäßigen.» («NZZ», 23. März 1964, Nr. 1244.) Der große Geldbedarf der Wirtschaft kam neben der Tendenz zur Zinssatzsteigerung auch in der Zunahme der Emissionen zum Ausdruck. Im Jahre 1963 wurden am Kapitalmarkt Obligationenanleihen und schweizerische Aktien im Gesamtbetrag von 4597 Millionen Franken emittiert, gegenüber 3778 Millionen im Jahre 1962.

Die weltwirtschaftlichen Konjunkturperspektiven sind recht günstig. Die wirtschaftlichen Auftriebs- und Expansionskräfte in Europa

sind stark. In der Schweiz sind die Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung nicht zu früh, sondern eher zu spät gekommen. Inwiefern sich die Konjunkturdämpfungsbemühungen schon im Jahre 1964 auswirken und der überhitzten Konjunktur die Spitze brechen werden, erscheint recht ungewiß. Es ist vor allem zu hoffen, daß in bezug auf die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte der verschärfte Bundesratsbeschuß entsprechende Auswirkungen zeitigt. Die Bekämpfung der Inflation liegt im Interesse des gesamten Volkes – vereinte Anstrengungen aller Bevölkerungskreise sind notwendig.

Dr. Benno Hardmeier, Bern

Grenzen der Sozialpolitik¹

Von Edwin Schweingruber, Bern

I.

Gegenstand, Begriff und Standort der Sozialpolitik

Wir haben uns in unserem Grundriß der Sozialgesetzgebung der Schweiz, hier zitiert «Sozialgesetzgebung», bemüht, zu einer gewissen Klarheit bezüglich des Gegenstandes, Begriffs und Standorts der Sozialpolitik vorzudringen, wobei wir bei allem schuldigen Respekt vor den klassischen Definitionen selbständig und pragmatisch vorgehen mußten und insbesondere von der tatsächlich bisher und heute noch betriebenen Sozialpolitik ausgingen². Das Ergebnis waren drei Definitionen, eine erste kurze und knappe und zwei ausgebauten³. Sozialpolitik ist Politik, die sich mit der sozialen Frage befaßt, und zum zweiten: Sozialpolitik ist demnach der Inbegriff der Bestrebungen und Maßnahmen seitens der staatlichen Organe und allenfalls mitwirkender Organisationen zur (relativen) Lösung der sozialen

¹ Nach einem am 11. November 1963 anlässlich der Herbstsitzung der Sozialen Studienkommission des Schweizerischen Pfarrvereins gemeinsam mit dem Pfarrkapitel der Innerschweiz und des Tessins in Luzern gehaltenen Referat veröffentlicht in der «Schweizerischen Zeitschrift für Sozialversicherung», Verlag Stämpfli & Cie., Bern, 6. Jg. 1964, Heft 1.

² Sozialgesetzgebung der Schweiz, ein Grundriß, Zürich 1955; dort wurde die Literatur bis 1955 berücksichtigt und deshalb hier im allgemeinen weggelassen. Die Leser des Buches dürfen auf die ausgezeichnete Besprechung und Kritik von Dr. R. Morell, Zur Problematik der modernen Sozialpolitik, in der Zeitschrift für Wirtschaft und Recht 1957 I 55 f. hingewiesen werden; eine Rezension, die auch für den Autor eine große Bereicherung bedeutete. Einige neue Literatur zitieren wir, ohne Vollständigkeit zu erreichen, im Text.

³ Sozialgesetzgebung 35–39.